

Beschluss des Landrats vom 31.10.2024

Nr. 803

17. Registrierung von Hauskatzen im Kanton Basel-Landschaft 2024/349; Protokoll: ps. bw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Laura Ineichen (Grüne) dankt für die Abklärungen und die Stellungnahme. Sie ist nicht darüber erfreut, dass der Vorstoss beim Regierungsrat nicht auf Anklang stosse, obwohl er gleichzeitig das Problem erkennt. Wie Anfang August in den Medien zu lesen war, wünschen sich die Tierheime, die sich um die ausgesetzten Tiere kümmern müssen, dass es eine Registrierungspflicht für Katzen gibt. Das Gleiche wird schon fast seit 20 Jahren bei den Hunden praktiziert. Dass ausgerechnet Katzen von der Registrierungspflicht ausgenommen ist, erscheint unerklärlich. Die Katze ist das einzige Haustier, das frei und ohne Begleitung im Siedlungsraum und der Natur unterwegs sein darf. Ganz anders sieht das zum Beispiel bei den Kälbchen aus. Innerhalb von nur wenigen Tagen müssen sie mittels Ohrmarken markiert und registriert sein. Ausserdem ist das Aussetzen eines Tiers in der Schweiz kein Kavaliersdelikt, sondern eine klare Straftat. Wird aktuell eine Katze ausgesetzt, kann nicht zurückverfolgt werden, wenn sie gehört. Das schwächt natürlich die Hemmungen zum Aussetzen eines Tiers enorm. Nach der Annahme dieser Motion wäre es möglich, solche Personen zu belangen. Dass das Registrieren einen positiven Einfluss hat, sieht man auch daran, dass es auf den Strassen in der Schweiz keine streunenden Hunde gibt. In vielen süd- und osteuropäischen Ländern sieht dies ganz anders aus. In der Schweiz gibt es aber sehr wohl streunende Katzen in den Feldern und Wäldern. Dort verursachen sie einen grossen Schaden an der Natur. Als geübte Jäger haben Katzen einen grossen Einfluss auf die Artenvielfalt. Wenn sie nur Mäuse und Spatzen fressen würden, wäre das ja noch eines. Jedoch jagen sie auch Neuntöter, Zaunammern und Braunkehlchen, was die Rednerin sehr stört, weil diese Vögel auf der roten Liste stehen und potenziell vom Aussterben bedroht sind. Gerade im Frühling können immer wieder Katzen dabei beobachtet werden, wie sie den Hecken entlang streichen und die brütenden Vögel abpassen. Anders als der Regierungsrat ist die Rednerin der Meinung, dass das Chippen ein Teil der Lösung ist und der Schaden in der Natur vermindert werden kann. Durch das Chippen kann eine Katze, die jemandem gehört, von einer herrenlosen unterschieden werden. Es gibt auch Organisationen, die sich diesen Katzen annehmen. Bauernhöfe, die oft als Zufluchtsort dienen, werden von ihnen unterstützt. Sie fangen jedoch auch alle anderen verwilderten Katzen in den Wäldern und Gärten ein, markieren und kastrieren sie. Dann lassen sie sie wieder frei oder suchen einen Platz für sie, sollten sie zu sozialisiert sein. Mit dieser Massnahme wird verhindert, dass sich insbesondere die streunenden und verwilderten Katzen unkontrolliert vermehren. Die Motion der Rednerin hat für den Kanton keine finanziellen Folgen, da die Kosten für das Chippen vom Besitzer übernommen werden müssten. Auch muss keine neue Datenbank aufgebaut werden, wie in der Stellungnahme des Regierungsrats zu lesen war, denn es sind bereits 30'000 Katzen registriert. Gleich viele laufen jedoch noch unregistriert herum und von denen weiss man nicht, ob sie jemandem gehören oder nicht. Dass es eine nationale Lösung braucht, ist der Rednerin durchaus bewusst. Bis es so weit ist, kann es jedoch schon einmal eine kantonale Lösung geben. In den letzten Jahren wurden gute Erfahrungen mit der Registrierung von Hunden und allen anderen Nutztieren gemacht. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, auch bei den Katzen eine Chip-Pflicht einzuführen. Übrigens wäre Basel-Landschaft nicht der erste Kanton, der die Fäden selber in die Hand nimmt und sich für eine Chip-Pflicht ausspricht. Ende August überwies der Grosse Rat des Kantons Aargau eine ähnlich lautende Motion an den Regierungsrat. Der Regierungsrat ist inhalt-

lich durchaus mit dem Vorstoss einverstanden. Dass es technisch nicht lösbar sein soll, erscheint als ein Nicht-Handeln-Wollen. Stattdessen schaut man lieber dem Katzenelend und dem Artenschwund zu, anstatt endlich etwas zu ändern. Es ist der Rednerin ein Anliegen, dass der Kanton Massnahmen ergreift. Dass der Grosse Rat im Kanton Aargau denselben Weg einschlägt, bestärkt die Rednerin in ihrem Anliegen und zeigt, dass es sich um einen ersten Schritt in die richtige Richtung handelt. Nun gibt es die Chance, dass sich der Landrat konkret für den Artenschutz einsetzen kann. Die Rednerin dankt für die Unterstützung.

Markus Graf (SVP) dankt für die interessanten Worte. Die SVP-Fraktion habe sich sogar an zwei Fraktionssitzungen mit dem Thema befasst. Es wäre interessant, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Meinungen sind unterschiedlich, wie es sich für eine Volkspartei gehört. Die SVP-Fraktion lehnt eine Motion ab, ein Teil würde aber ein Postulat unterstützen.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) erwähnt, vorhin habe Andrea Heger von einem Vorstoss für die Katz gesprochen. Hoffentlich gibt es jetzt keinen Katzenjammer. Für Katzenliebhaberinnen und diejenigen, die sie nicht lieben, ist dieses Thema ein gefundenes Fressen. Die Registrierung von Hauskatzen ist sicherlich sinnvoll, um die Besitzerschaft einer Katze zu ermitteln. Wie der Regierungsrat zu Recht geschrieben hat, ist die rasche Vermehrung der Katzen ein grosses Problem. Hier wäre eine Aufklärungskampagne sehr sinnvoll unter Angabe der Organisationen, die eine Kastration oder Sterilisation kostengünstig oder gratis anbieten. Die Registrierung löst das Problem der Katzenpopulation somit nicht wirklich. Ausserdem kennen Katzen keine Kantonsgrenzen, weshalb eine schweizweite Pflicht zur Registrierung sinnvoll wäre. Für viele in der Fraktion geht es auch um die Gleichberechtigung mit den Hunden. Deshalb – und in der Hoffnung, dass zukünftig mehr Tiere sterilisiert beziehungsweise kastriert werden – ist für die Mehrheit der Mitte-Fraktion diese Motion nicht für die Katz und wird unterstützt.

Tim Hagmann (GLP) sagt, die GLP-Fraktion sei gespalten. Ein Teil sieht die Problematik der Durchsetzung – wie kann nachverfolgt werden, wenn jemand seine Katze nicht chippt? Diejenigen, die ihre Tiere heute schon nicht chippen, werden dies auch zukünftig nicht tun. Ein anderer Teil der Fraktion sieht die Argumentation bezüglich Biodiversitätskiller in geschützten Habitaten, die Problematik der potenziellen Übertragung von Toxoplasmose, die eine grosse Bedrohung für Schwangere und Babys darstellt, und unterstützt aus dem Grund eine Motion.

Marc Schinzel (FDP) hält fest, Chippen und Sterilisieren seien sinnvolle Massnahmen bei Hauskatzen. Die Familie des Redners hat zwei Hauskatzen, einen Kater und eine Katze – die eine Katze war herrenlos und wurde adoptiert. Die Fraktion ist grossmehrheitlich gegen eine Motion, denn es bräuchte eine nationale Lösung. Handelt der Kanton selber, kommen dennoch noch Katzen über die Landesgrenzen, aus dem Jura und woher auch immer. Wenn zudem das nationale Tierschutzgesetz etwas abschliessend regelt, dann gilt eben die derogatorische Kraft des Bundesrechts und dann geht das Bundesrecht dem kantonalen Recht vor, egal ob man findet, das wäre jetzt auch noch gut zu regeln. Darauf weist der Regierungsrat richtigerweise hin. Man müsste bezüglich einer nationalen Regelung vorwärts machen.

So sinnvoll die Massnahme auch ist, so wenig sollte man sich die Illusion machen, dass damit das Jagdverhalten der Katzen geändert wird. Dem ist nicht so. Auch die sterilisierten und gechippten Katzen des Redners jagen ziemlich viel, von Mäusen über Vögel. Man kommt dann meistens zu spät und der Vogel liegt morgens vor der Haustür. Auch Libellen werden gejagt, und das tut dem Redner auch jedes Mal weh. Die Massnahme ist sinnvoll, aber das Jagdverhalten wird damit nicht geändert.

Simone Abt (SP) sagt, die SP-Fraktion unterstütze den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat, mit wenigen Ausnahmen, die sich enthalten werden, weil sie wie Marc Schinzel eine gewisse Beschränktheit des Effekts einer solchen Regelung sehen. Die Fraktion ist trotzdem überzeugt, dass es sinnvoll ist, die Katzen zu registrieren. Jede registrierte Katze kommt auch in tierärztliche Behandlung. Das bedeutet, dass sie potenziell kastriert oder sterilisiert wird. Vorbildliche Katzenbesitzer haben das natürlich bereits getan. Man kann über das Registrieren und Chippen die Haustierbesitzer sensibilisieren und auch schauen, dass die Tiere entsprechend an der Fortpflanzung gehindert werden. Weniger Katzen jagen auch weniger. Ausserdem sind herrenlose Katzen hungriger als gut gefütterte. Sie jagen weniger.

Zu den Grenzen: Die Landesgrenze ist genauso wenig ein Hindernis wie die Kantonsgrenze. Deshalb erscheint es nicht zielführend, auf eine schweizweite Lösung zu warten. Jeder Kanton sollte anfangen, wenn er dazu die Kraft aufbringt, selber zu schauen. Bezüglich Bundesregelung stellt für die Rednerin die Vorgabe des Bundes ein Mindestschutz für die Tiere dar. Geht ein Kanton darüber hinaus, darf er das ihrer Ansicht nach tun. Dies sollte nochmals gründlich abgeklärt werden, bevor einfach gesagt wird, der Bund erlaube keine Regelung. Ausserdem fanden bereits andere Kantone, es gebe keine abschliessende Regelung. Die Umsetzung der Motion wird einen gewissen Aufwand erfordern und wird wahrscheinlich etwas kosten, aber es ist einen Versuch wert – auch wenn man der erste Kanton in der Schweiz wäre. Weshalb nicht einmal «Baselbiet First», das wäre cool. Die Rednerin bittet, den Vorstoss zu unterstützen.

Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) stellt im Rat Einigkeit darüber fest, dass es sich hierbei um ein Thema handle, das sich zunehmend zu einem Problem entwickle. Ebenfalls wahr ist, dass die öffentliche Wahrnehmung dieses Problems in den letzten Monaten und Jahren zugenommen hat. Vor 10 oder 15 Jahren fand man es vielleicht noch herzig, wenn die Katze einen Vogel vor die Türe gelegt hat und damit zeigen wollte, was sie gejagt hat. Heute erkennt man, dass dies die Biodiversität gefährdet. Die Herausforderung, für das Problem eine Lösung zu finden, wurde über alle Grenzen hinweg verstanden, genauso, dass die Katzenpopulation in den letzten Jahren vermutlich signifikant zugenommen hat. Hierzu hat wohl auch Corona einen Beitrag geleistet. Es gibt Coronakatzen und Coronahunde. Nun ist man plötzlich nicht mehr nur zuhause, die Verantwortung aber ist geblieben. Es ist unbestritten, dass deshalb Tiere ausgesetzt oder in den Tierheimen abgegeben werden, was dem Tier gegenüber verwerflich ist..

An Simone Abt: Es wurden keine Vermutungen angestellt, sondern Abklärungen durchgeführt. Die regulatorischen Möglichkeiten auf Kantonsebene sind nicht gegeben. Beim Hinweis auf den Kanton Aargau ist zu berücksichtigen, dass der Vorstoss gegen den Willen des Regierungsrats überwiesen wurde, der seine Haltung ebenfalls damit begründete, dass die Kantone dies gemäss heutiger Auffassung nicht selbst regeln können.

Regierungsrat Thomi Jourdan liess sich in den letzten Wochen von der Kantonstierärztin updaten. Die Kantonstierärztkonferenz trifft sich im Beisein des entsprechenden Bundesamts. Auch auf dieser Ebene wurde das Problem erkannt und der Bund hat Handlungsbedarf erkannt. Selbstverständlich hat Simone Abt recht, dass der Kanton Basel-Landschaft an internationale Grenzen stösst. Liegt die Regelungshoheit jedoch auf Bundesebene, ist es immer noch besser, wenn der Bund etwas regelt, als wenn die Kantone etwas versuchen, wofür sie eigentlich gar keine Kompetenz haben. Aus diesem Grund ist der Regierungsrat bereit, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen. Das würde ermöglichen, den Begriff «vermutlich» mit dem Bund noch einmal zu klären und zu prüfen, ob es eine Regelungsmöglichkeit gibt. Sollte es diese geben, dann wird nach einem Weg zur Umsetzung gesucht. Wie gesagt: Sollte es eine Möglichkeit geben, ist wohl niemand gegen die Lösung dieses Problems. Ein Nachteil des Regierungsrats: Für die Bearbeitung des Postulats steht nur ein Jahr zur Verfügung, für die der Motion wären es zwei Jahre. Dieses Jahr würde aber dazu genutzt, noch einmal sauber zu berichten und die Frage nach der Regelungsmöglichkeit

juristisch vertieft abzuklären. Ist sie vorhanden, wird ein Weg gesucht. Der Gesundheitsdirektor erinnert sich an eine ähnliche Situation zum Thema Notschlachtungen. Der Regierungsrat bat um eine Überweisung als Postulat und stellte in Aussicht, tätig zu werden, wenn eine entsprechende Möglichkeit gefunden und Regelungsbedarf festgestellt wird. Laura Ineichen wird gebeten, ihre Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Christine Frey (FDP) hat grosse Sympathien für diesen Vorstoss. Sie hat einen ähnlichen Vorstoss zu Hunden eingereicht, mit dem Ziel, Hundemarken durch einen Chip zu ersetzen. Dieser Vorstoss scheiterte dann am Subsidiaritätsprinzip – jede Gemeinde soll dies selber regeln. Christine Frey besass zwei Katzen, wovon eine das Weite gesucht hat. Für sie ist es selbstverständlich, Katzen zu chippen. Leider sind viele Tierbesitzer nicht so verantwortungsvoll und deshalb wäre dies ein richtiger und wichtiger Schritt. Ein weiteres Argument dafür: Es werden auch viele ungechippte Katzen überfahren. Diese können dann nicht mehr zugeordnet werden. Zu Christine Freys verschwundener Katze gab es noch keine Nachricht, weshalb sie davon ausgeht, dass sie noch lebt und bei jemand anderem glücklich ist. Christine Frey wird den Vorstoss – unabhängig der Form – unterstützen. Durch eine Motion könnte Regierungsrat Thomi Jourdan mehr Handlungsdruck zuhanden Bund auferlegt werden.

Marc Schinzel (FDP) macht es kurz und informiert, die FDP-Fraktion unterstütze ein Postulat in dem von Regierungsrat Thomi Jourdan ausgeführten Sinne. Die Massnahme als solche wird als sinnvoll erachtet.

Laura Ineichen (Grüne) dankt für die verschiedenen Voten. Es geht um die Katzen, die niemandem gehören. Diese müssen markiert und kastriert werden, damit sie sich nicht unkontrolliert vermehren können. Sie wandelt die Motion in ein Postulat um.

Manuel Ballmer (GLP) wollte der Motionärin seitens GLP-Fraktion mitteilen, dass eine Mehrheit der Fraktion die Überweisung eines Postulats unterstütze.

://: Mit 59:13 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
